Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 72 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 25. März 1933

Reden und handeln.

Nebeltöpfe. — Hintertreppenmethoden. — Die Allmacht der nationalen Regierung.

Man arbeitet — falls mit diesem Wort die Tätigkeit der Weltdiplomatie in Genf überhaupt bezeichnet werden darf — nicht allzu eifrig auf der Abrüstungskonferenz, vielmehr betätigt man sich dort bei jeder passenden, ebenso aber bei jeder unpassenden Gelegenheit im — Produzieren von Gerüchten. Je „kleiner" solch ein Diplomat ist und je unbedeutender der Staat, den er zu vertreten hat, um so eifriger macht er sich wichtig mit teils wahren, meist aber falschen Informationen. „Der Kongreß tanzt, aber handelt nicht", hat ein bekannter Diplomat vor 118 Jahren über den Wiener Kongreß gesagt, — bis diesen die Bombe der Rückkehr Napoleons zum Handeln zwang. „Die Konferenz redet, aber sie handelt nicht", darf man ähnlich zu dem sagen, was nun seit mehr als Jahresfrist in Genf getrieben wird. Wenn dort aber die „Großen" etwas zu bauen versuchen — oder so markieren, als ob . . . dann haben die Kärrner des Gerüchtemachens besonders viel zu tun. Doch auch hier: es wird ihnen mit Absicht allerhand auf die Karre geladen, in die ihnen dann die Öffentlichkeit hineingucken soll. Bisweilen sind das — Nebeltöpfe, um mit ihren wahren, aber vor der Öffentlichkeit etwas peinlich wirkenden Absichten zu verdecken und zu verhüllen. Bisweilen geschieht das aber auch, um mit solch' einem geheimnisvollen Nebel ein — Nichts zu verbergen. Weil man in Genf es ja überhaupt ängstlich vermeidet, ein glattes Ja oder Nein auszusprechen.

*

Weder ja noch nein haben auch der französische Ministerpräsident und sein Außenminister zu dem gesagt, was Macdonald und Sir Simon aus Rom mitgebracht haben. Selbst wenn vor allem eine Viermächte-Konferenz den bis über die Achsen festgefahrenen Genfer Karren wieder vorwärtsbringen soll, so würden die Franzosen Daladier und Boncour mit Herriot im Hintergrunde durch ihre Politik der Vernebelung und des Hinausschiebens gerade hinsichtlich der Vier-Mächte-Konferenz nur das gleiche tun, was seit dem Januar 1801 überhaupt die politische Methode Frankreichs war und seitdem geblieben ist. Denn zu einer solchen Konferenz hat sich selbst Herriot erst nach einem halbjährigen Zögern bringen lassen, dann aber dafür gesorgt, daß auf der Dezember-Konferenz es zu recht unbestimmten Beschlüssen z. B. über die deutsche Gleichberechtigung kam, worauf-hin er dann alsbald mit einem sehr peinlich anmutenden Interpretieren dieser Beschlüsse losging. Die mit Frankreich auf Gedeih und Verderben verbündeten Neu-Staaten Europas aber geben sich als willige Werkzeuge für diese politische Hintertreppenmethode her, und dann erklärt eben — wie oft ist dies schon geschehen! — Frankreich seinerseits, es müsse auf die Wünsche seiner „Freunde" Rücksicht nehmen. So wird das Spiel auch jetzt wieder getrieben: Polen und namentlich die Kleine Entente, die ja außenpolitisch gemeinsam vorzugehen sich vor einiger Zeit vertragsmäßig geeinigt haben, sind also schon auf dem Plan erschienen und vollführen den ebenso gewohnten wie vorgeschriebenen Lärm darüber, daß der Mussolini-Vorschlag „nur" eine Konferenz und Zusammenarbeit der vier Großmächte vorsah, was allerdings schon dadurch abgemildert wurde, daß auch die anderen zum Eintritt eingeladen werden, wenn erst mal eine Einigung unter den Großen erzielt sei. Ganz pessimistische Menschen äußern sich dahin, daß die ganze Übung überhaupt schon deswegen keinen Zweck habe, weil ja in Genf die Vertreter der großen und kleinen Staaten bereits wer weiß wie lange zusammenhocken, ohne es über dieses Reden hinaus zu einem vernünftigen, vorwärtstreibenden Handeln zu bringen, — und daß es damit auch vorläufig nicht anders werden würde, solange in Genf ein Ja auch ein Nein bedeuten kann, weil dahinter doch immer ein „Aber" gesetzt wird.

*

So folgte dem französischen „Ja" zur deutschen Gleichberechtigungsforderung sehr bald das „Aber" Paul-Boncours selbst. Und ebenso setzt man hinter die im Mussolini-Vorschlag als Notwendigkeit erkannte Revision des europäischen „Friedenszustandes", an dem die Diktate von 1919 schuld sind, sofort das „Aber" der Gegenforderung, daß eine solche Revision nur im Rahmen dieses Diktates selbst, also des Völkerbundpaktes — Artikel 19 — geschehen dürfe. Dort heißt es nämlich, die Völkerbundversammlung könne von Zeit zu Zeit die Mitglieder des Völkerbundes einladen, zu einer Überprüfung von Verträgen zu schreiten, die unabwendbar geworden seien, oder von zwischenstaatlichen Verhältnissen, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnten. Es ist noch gar nicht lange her, daß die französische Regierung eine dahingehende deutsche Andeutung mit der offenen Drohung beantwortet, sie werde Deutschlands Berufung auf den Artikel 19 zwecks Herbeiführung einer Vertragsrevision als — Kriegsfall betrachten. Im übrigen ist dieser Weg über den Artikel 19 an sich ungangbar, und gerade weil man dies in Paris weiß, kann man ihn dort nur empfehlen, billigen und als das übliche „Aber" an die Zustimmung anhängen.

Die Vertreter des Auslandes haben aber dabeigesessen, als der Reichskanzler Hitler durch die Regierungserklärung das deutsche Handeln ankündigte. Rein äußerlich gesehen, mag sich diese Regierungserklärung nicht von so vielen anderen unterscheiden, die im Laufe der Jahre erlassen worden sind. Aber jeder, der sie hörte und der sie las — und dabei ist das Ausland sehr stark vertreten —, spürte es instinktiv, daß der Reichskanzler und seine Mitarbeiter nicht bloß das sagten, was sie wollen, sondern daß sie auch tun werden, was sie sagten. Das Echo der Regierungserklärung im Ausland zeigte gleich im ersten Augenblick, daß die Macht, die das Kabinett Hitler sich auf verfassungsmäßigem Wege attestieren ließ, eine wirkliche Omnipotenz ist, eine Allmacht, deren Durchführung und Durchsetzung in Deutschland nichts mehr im Wege steht. Man muß nachträglich darauf verweisen, daß die Mehrheit, die die Reichsregierung im Reichstag erhalten hat, sich nicht auf die Nationalsozialisten und Deutschnationalen beschränkte, sondern daß sich dieser Mehrheit auch die Vertreter jener Volksteile anschlossen, die zu der sogenannten „bürgerlichen Mitte" zählen. Das Nein gegenüber dieser Regierung der nationalen Erneuerung hat nur die Sozialdemokratie ausgesprochen, während das gesamte übrige Deutschland der Reichsregierung ein Vertrauensvotum abgab. Wenn der Reichstagspräsident feststellte, daß dieses Vertrauensvotum für die Regierung „von der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Mehrheit", also von einer Zweidrittel-Mehrheit beschlossen worden sei, so trifft diese Feststellung nicht einmal ganz das Richtige: nach dem Abstimmungsergebnis vom 5. März haben etwa vier Fünftel der wahlberechtigten deutschen Menschen ihrer Absicht Ausdruck gegeben, daß nun mit dem Reden Schluß sein soll, und daß es nur auf ein Handeln ankommt, das es dem Reichskanzler und seinen Mitarbeitern vertrauensvoll in die Hände legt.

Dr. Pr.

Für Erneuerung der Wirtschaftslage.

Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett hatte sich am Freitag zu einer Ministerbesprechung versammelt. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg dankte zunächst im Namen des Reichskabinetts dem Reichskanzler aufrichtig für seine beiden Reden, die er im Reichstag gehalten hat, und für die erfolgreiche Arbeit bei der Durchsetzung des Ermächtigungsgesetzes.

Der Ministerrat befaßte sich dann zunächst mit einigen politischen Dingen. Erörtert wurde u. a. die Gleichschaltung der Volksvertretungen von Reich, Ländern und Gemeinden sowie die Ahndung politischer Straftaten. Das Kabinett erwägt ein Gesetz, das die Möglichkeit der

Todesstrafe für politische Verbrecher

vorsieht, möglicherweise durch Erhängen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden auch wirtschaftliche Angelegenheiten behandelt. Die zur Zeit geltende Kraftfahrzeugsteuer dürfte voraussichtlich bis zur endgültigen Neuregelung vorübergehend kurzfristig verlängert werden. Bei den ebenfalls besprochenen Maßnahmen zur Befriedung der Betriebe handelt es sich in der Hauptsache um die Zusammensetzung der Betriebsräte, ferner um die Termine für die Betriebsrätewahlen usw. Bei der Verordnung über wirtschaftliche Vereinigungen handelt es sich nicht um den mit den Gewerkschaftsfragen zusammenhängenden Gesamtbereich der Zielsetzung der Gewerkschaften als solcher. Vielmehr bezieht sich die zu erwartende Verordnung auf Fragen der Tariffähigkeit. Weiter sollen Abänderungen einzelner Gesetze erfolgen, in denen bisher eine Monopolstellung der Gewerkschaften festgelegt war. Es handelt sich hier um das Arbeitsgerichtsgesetz und das Reichswirtschaftsratsgesetz.

Die Aufgaben des bisherigen Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung übernehmen nach einem Beschluß des Reichskabinetts die beteiligten Ressorts, bis eine endgültige Neuregelung erfolgt ist.

*

Reichskanzler Hitler hat sich mit seiner näheren Umgebung im Flugzeug wieder nach München begeben. Der Reichskanzler wird sich voraussichtlich bis zum Montag in der bayerischen Landeshauptstadt aufhalten.

Zur Rettung des deutschen Bauern.

Radikale Neuordnung der deutschen Fettwirtschaft.

Notverordnung von Hindenburg unterzeichnet.

Amtlich wird mitgeteilt: Der große Plan für die Ordnung der Fettwirtschaft ist nunmehr von der Reichsregierung verabschiedet worden. Der Herr Reichspräsident hat die Notverordnung, durch die das Gesetzgebungswerk in Kraft gesetzt wird, unterzeichnet. Damit ist Außerordentliches für die gesamte Nationalwirtschaft geschehen. Die schrittweise Verwirklichung des Planes wird zu einer Gesundung der unerträglich gewordenen Lebensbedingungen auf dem Lande, daraus folgend zur Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten in allen Wirtschaftszweigen führen, die auf die Dauer das Maß jeder künstlichen Arbeitsbeschaffung überschreitet, und schließlich auch neue Möglichkeiten für eine aktive Außenhandelspolitik eröffnen.

Der Plan selbst geht von der Erkenntnis aus, daß die deutsche Fettproduktion (Butter, Schmalz, Talg usw.) in stärkstem Maße unter dem Druck der Einfuhrausländischer Fette jeglicher Art steht. Auslandsfett soll deshalb vom deutschen Markt zurückgedrängt und durch deutsche Fette ersetzt werden. Insbesondere wird

die Erzeugung von Margarine,

die fast ausschließlich aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wird und deren Produktionsstätten zu einem sehr erheblichen Teil im Besitz internationalen Finanzkapitals sind, auf 60 Prozent des bisherigen Umfanges beschränkt. In gleicher Weise wird gegen alle für die Margarine in Frage kommenden Ersatzfette vorgegangen. Auf diesem Wege wird Raum für die hochwertigen deutschen Fette, wie Butter und Schmalz geschaffen. Zur Sicherung dieses Zieles wird nach der Art des Maismonopols

ein Monopol für Öle und Fette

errichtet. Ferner werden Ölfrüchte, Ölsämereien und Ölkuchen in das bestehende Maismonopol einbezogen. Eine Verteuerung der Ölkuchen wird bei den gegenwärtigen Milch- und Butterpreisen nicht erfolgen.

Außerdem enthält das Gesetz noch besondere Ermächtigungen zur Regelung der Herstellung von Margarine. Diese betreffen insbesondere die Verwendung von Farbstoffen, Butteraroma und Konservierungsmitteln bei der Margarineherstellung und die Einführung eines Kennzeichnungszwanges für den Ernährungsminister, die das Recht geben, in

die Preisgestaltung der Margarine

(Preise und Handelsspanne) einzugreifen, einen Lieferzwang bestimmter Sorten zu verordnen usw. Diese letzten Bestimmungen dürften jedoch im wesentlichen vorbeugenden Charakter haben und bei loyalem Verhalten der Margarineindustrie wenig zur Anwendung gelangen. Schließlich wird eine Ermächtigung zur Einführung eines

Verwendungszwanges von inländischem Talg

bei der Herstellung von Seifen und Lichten geschaffen.

Für die Landwirtschaft, deren vollständige Unrentabilität bei den derzeitigen Preisen weitgehend die Ursache unserer Wirtschaftsnot ist, ergibt sich die Bedeutung des Fettmarktes aus seinem maßgeblichen Einfluß auf alle Agrarpreise. Die Getreidepreise lassen sich nicht halten, wenn ausländische Futtermittel wie bisher unbeschränkt und zu Weltmarktpreisen hereinkommen. Eine Erhöhung der Futtermittelpreise ist aber bei dem heutigen Tiefstand der Milchpreise nicht möglich. Der Milchpreis wird wiederum durch den Butterpreis und dieser wieder durch die Einfuhr an Auslandsfett, insbesondere durch den Preis des in großen Mengen zur Margarineerzeugung verwandten Walfischtrans bestimmt. Der Fettpreis beeinflußt auch über das Schmalz den Schweinepreis, über den Talg den Rinderpreis usw., d. h. das gesamte Gebäude unserer Landwirtschaft steht und fällt mit der Fettverwertung.

Der nunmehr einsetzende Generalangriff gegen die Auslandsfette packt also die Not unserer Bauern an ihrer Wurzel an. Den Verbrauchern werden keine untragbaren

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF